

Bundesministerin für Arbeit und Soziales  
Frau Bärbel Bas  
Wilhelmstraße 49  
10117 Berlin

Per E-Mail: [REDACTED]

Berlin, den 29. Januar 2026

### **Arbeitsbedingungen und Verkehrssicherheit bei Essenslieferdiensten – Handlungsbedarf bei Elektrofahrrädern**

Sehr geehrte Frau Bundesministerin,

in Goslar diskutieren in diesen Tagen beim Deutschen Verkehrsgerichtstag Fachleute über Verkehrsrecht und -sicherheit. Ein zentrales Thema ist dabei die Verkehrssicherheit im Radverkehr. Anlass dafür sind unter anderem die zunehmenden Risiken, die durch die Nutzung von illegal importierten und manipulierten Elektrofahrrädern ausgehen, die häufig bei Essenslieferdiensten zum Einsatz kommen.

Mit großem Interesse haben wir in diesem Zusammenhang Ihre Initiative zur Einführung eines Direktanstellungsgebots für Beschäftigte bei Essenslieferdiensten verfolgt. Als Verbände der Fahrradwirtschaft in Deutschland unterstützen wir diese Initiative nachdrücklich und möchten auf dringenden Handlungsbedarf hinweisen:

Ein erheblicher Teil der Fahrerinnen und Fahrer nutzt Elektrofahrräder, die

- **gegen geltendes Recht verstoßen**, da sie über eine elektrische Unterstützung von mehr als 25 km/h ohne eigene Tretleistung verfügen (zulässig sind maximal 25 km/h bei 250 Watt Nennleistung),
- **mutmaßlich unter Umgehung von EU-Zollbestimmungen** aus der Volksrepublik China eingeführt, falsch deklariert und zu Dumpingpreisen über Online-Marktplätze vertrieben werden.

Diese Praxis gefährdet nicht nur die Arbeitssicherheit der Beschäftigten, sondern auch die allgemeine Verkehrssicherheit. Bereits im Februar 2025 hat die zuständige Berufsgenossenschaft auf **steigende Unfallrisiken** hingewiesen und die Verantwortung der Unternehmen betont, ihren Beschäftigten verkehrssichere (Elektro-)Fahrräder zur Verfügung zu stellen – inklusive regelmäßiger Schulungen im Umgang mit diesen Fahrzeugen.

Ohne zügige Gegenmaßnahmen drohen ein Imageschaden für das Elektrofahrrad als nachhaltiges, gesundes und sicheres Verkehrsmittel sowie wirtschaftliche Nachteile für die heimische

Seite 2 von 2 des Schreibens vom 29. Januar 2026

Fahrradwirtschaft, insbesondere für Hersteller und Händler, die legale und sichere Elektrofahrräder speziell für Essenslieferdienste anbieten.

Die Verbreitung illegaler, getunter Elektrofahrräder (mit Motorunterstützung über 25 km/h und ohne Tretleistung) steht in direktem Zusammenhang mit Arbeitsmodellen, in denen Fahrerinnen und Fahrer zunehmend selbst für Anschaffung und Instandhaltung ihrer Arbeitsmittel verantwortlich gemacht werden. Große Plattformen entziehen sich damit ihrer Verantwortung für die Bereitstellung verkehrssicherer Fahrzeuge.

Wir begrüßen Ihre Bemühungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und regen an, den **Arbeitsschutz durch sichere und legale Elektrofahrräder als Arbeitsmittel** explizit in die Maßnahmen aufzunehmen.

Gerne stehen wir Ihnen und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für weitere Informationen und einen Austausch zur Verfügung. Für Rückfragen und Terminvereinbarungen können Sie sich jederzeit wenden an:

- **Alexander Rosenthal**, Leiter Politik bei Zukunft Fahrrad: [alexander.rosenthal@zukunft-fahrrad.org](mailto:alexander.rosenthal@zukunft-fahrrad.org), Telefon +49 151 42026413.
- **Anke Schöffner**, Leiterin Politik bei ZIV – Die Fahrradindustrie: [anke.schaeffner@ziv-zweirad.de](mailto:anke.schaeffner@ziv-zweirad.de), Telefon +49 160 522 34 90.

Mit freundlichen Grüßen



**Wasilis von Rauch**  
Geschäftsführer Zukunft Fahrrad



**Burkhard Stork**  
Geschäftsführer ZIV – Die Fahrradindustrie

**ZUKUNFT  
FAHRRAD** 

**ZIV** DIE  
FAHRRAD-  
INDUSTRIE

Anlage

- Beitrag „Arbeitsplatz Fahrrad und Verkehrssicherheit“ in der aktuellen Ausgabe der Schriftenreihe des Deutschen Verkehrssicherheitsrates.